

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 67
Oktober
2010

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

jeder kennt heute den Terminus Vernetzte Sicherheit – ein ganzheitlicher und ressortübergreifender konzeptioneller Ansatz. Dieser basiert auf einem umfassenden Sicherheitsverständnis und zielt darauf ab, die verfügbaren staatlichen und privaten Mittel und Fähigkeiten derart im Verbund einzusetzen, dass Krisen und Katastrophenlagen möglichst erst gar nicht auftreten bzw. weitgehend unterbunden werden.

Wo stehen wir in der Realität? Es gibt Erfolge, aber auch offene Wünsche, beispielsweise in Bayern. Landespolizeipräsident Waldemar Kindler berichtete hierzu anlässlich der gemeinsamen Septemberveranstaltung *Vernetzte Sicherheit bei freundlichem Desinteresse* von Rotary Club Fürstfeldbruck und pmg in Fürstfeldbruck in der Reihe "Gesellschaftlicher Dialog". Seine Ausführungen sind in diesen Denkwürdigkeiten nachzulesen. Wer vor Ort oder auch nur im Fernsehen die Bilder z.B. in Haiti oder Pakistan verfolgt hat, wo NGO's in langen Gesprächen eine Plastikplane und Essensrationen verteilen, teure SUV's ziellos hin- und herfahren, eine M18 die 1kg Reispackete mit den Händen der Besatzung verteilt oder konkurrierende "Gutmenschen" sich gegenseitig die hilfebedürftigen Familien "abjagen", weil sie nicht im Ansatz einen Überblick über die Gesamtlage hatten, der kann das enorme Wachstumspotenzial und den erheblichen Bedarf einer zielgerichteten Vernetzung und ganzheitlichen Lageübersicht erahnen. Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, der Schutz von Grenzen und kritischen Infrastrukturen, die Abwehr von Piraten, kriminellen oder terroristischen Bedrohungen oder auch anderen Herausforderungen nationaler und internationaler Sicherheit – alle Sicherheitsaufgaben können von *Vernetzter Sicherheit* profitieren.

Wir wollen uns in der Politisch-Militärischen Gesellschaft künftig verstärkt mit den verschiedenen inneren und äußeren Anforderungen Vernetzter Sicherheit auseinandersetzen. Deshalb gibt es in dieser Ausgabe der Denkwürdig-

In dieser Ausgabe

2 Eine neue Bundeswehr: Warum und wozu?

pmg-Vorstand

3 Vernetzte Sicherheit bei freundlichem Desinteresse

Waldemar Kindler

6 Zur vernetzten Sicherheit gehören auch humanitäre Einsatzkräfte

Wolfgang Bäder & Wolf Poulet

8 The kind of Bundeswehr the UK might like

Maxim Worcester

keiten ein Novum – ein Thesepapier des Vorstands der Politisch-Militärischen Gesellschaft.

In diesen Tagen steht natürlich das Thema Bundeswehr vorne. Die Reform der Bundeswehr nimmt immer konkretere Formen an. In den letzten Tagen und Wochen hat insbesondere das Thema Wehrpflicht die öffentliche Debatte bestimmt. Lange Jahrzehnte galt sie vielen als nicht verhandelbar – nun steht sie praktisch vor dem Aus. Auch andere heilige Kühe stehen vor der Schlachtbank. Sie überschatten Themen ganz anderer Relevanz, z.B.: **Wird Deutschland künftig genug Geld pro Soldat/in aufwenden, damit er/sie die Aufträge erfolgreich ausführen kann, die ihm/ihr die Politik gibt?**

Klar ist: Am Ende des (Reform-)Tunnels wird es weniger Generale, Admirale und zivile Spitzenbeamte und eine insgesamt kleinere Bundeswehr geben. Diese, wie auch das sie beauftragende Parlament, werden verstehen müssen, dass die deutschen Streitkräfte für ihre anspruchsvollen Aufgaben nicht die teuerste, aber

die richtige Ausbildung und Ausrüstung brauchen. Im internationalen Vergleich ist der bisherige deutsche Aufwand pro Soldat/in gering. Er darf nicht zu gering sein, denn Qualität rettet Leben und ist Voraussetzung für erfolgreiches Wirken – und Qualität ist heute und künftig definitiv vernetzt oder andernfalls nutzlos.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Eine neue Bundeswehr: Warum und wozu?

Die Bundeswehr soll **kleiner und einsatzorientierter** werden und damit zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes beitragen. So hat es das Bundeskabinett im Juni 2010 beschlossen. Das bedeutet: Eine neue Bundeswehr entsteht. Nicht nur Deutschlands Wehrverfassung, auch Aufbau- und Ablauforganisation, Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte stehen auf dem Prüfstand.

Als Staatsbürger und Mitglied der **Politisch-Militärischen Gesellschaft** wünschen wir uns eine umfassende gesellschaftliche Diskussion dieser wichtigen Zukunftsthemen. Ziel der Debatte muss eine wert- und interessenorientierte deutsche Sicherheitspolitik sein, die ressourceneffizient und verantwortungsbewusst strategische Prioritäten für das 21. Jahrhundert definiert.

Bisher reflektieren Medien und Öffentlichkeit lediglich Argumente von gestern, Gedanken aus verstaubten Schubladen vergangener Jahrzehnte. Dabei geht es heute um eine gesamtstrategische Ausrichtung, um vernetzte Sicherheit, die verschiedene Politikbereiche sowie militärische und zivile Fähigkeiten ganzheitlich verbindet. Es geht nicht nur um eine neue Bundeswehr, sondern um Deutschlands und Europas Sicherheit im 21. Jahrhundert!

Schutz, Bündnisfähigkeit, Handlungschancen im Interesse Deutschlands, seiner Bürgerinnen und Bürger – dazu haben un-

sere Streitkräfte ihre Beiträge zu leisten.

- **Der Schutz** des Landes und seiner Menschen lässt sich schon lange nicht mehr durch die Verteidigung der Landesgrenzen gewährleisten. Die Feinde des demokratischen Rechtsstaates greifen an anderen Stellen an: Sie agieren intelligenter, wirksamer, moderner. Wer unser Land, seine Bürgerinnen und Bürger gegen die Risiken der Informations- und Wissensgesellschaft multidimensional und vernetzt schützen will, der muss sich gegen Terrorismus, Piraterie, international organisierte Großkriminalität und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wappnen. Die strategische Infrastruktur des eigenen Landes ist ebenso gefährdet wie der internationale Cyber Space und vitale Ressourcen der ganzen Menschheit. Ohne gesicherte Verbindungs- und Kommunikationslinien zu Land, zu See und in der Luft sind wir als Industrie- und Handelsnation nicht überlebensfähig. Schutz bedeutet daher auch Prävention, Krisenmanagement und gezielte Beiträge zur Stabilisierung von Konfliktregionen. Und natürlich gehören dazu auch die Rettung und die Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und Katastrophen im In- und Ausland.

- **Bündnisfähigkeit und reibungslose Kooperation** sind die Grundlage vernetzter Sicherheit, national und international. Ohne gemeinsames Handeln gibt es keine Prävention, keine Bewältigung und keine Nachsorge in Krise und Konflikt. Internationale Kooperationsfähigkeit in Allianzen und Koalitionen, Zusammenarbeit mit zivilen und wirtschaftlichen Partnern werden zur unabdingbaren Vorbedingung erfolgreicher Krisen- und Konfliktvorsorge. Das Beispiel Afghanistan belegt, dass künftig zivile und militärische Aktivitäten strategisch von Anfang an verbunden werden müssen. Dies erfordert auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene leistungsfähige Institutionen politischer Gesamtplanung.

- Sicherheitspolitische **Handlungschancen** ergeben sich aus der **Konsultation** mit Freunden,

Partnern und Gegnern, durchaus abgestuft, grundsätzlich aber über alle Themen. Dieser Grundsatz war in den vergangenen Jahrzehnten der Ausgangspunkt erfolgreicher deutscher Sicherheitspolitik. Wenn Deutschland als sicherheitspolitischer Gesprächspartner Gewicht und Gestaltungschancen behalten soll, dann müssen wir nicht nur über Streitkräfte verfügen, sondern überzeugende eigene Risikoanalysen, Interessen, Planungen und Einsatzkonzepte formulieren und in den internationalen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einbringen.

Beim NATO-Gipfel 2009 hat die Bundeskanzlerin angesichts neuer Herausforderungen und Gefahren mit überzeugenden Worten – sie adressierte explizit asymmetrische Bedrohungen, Terrorismus, zerfallende Staaten, Rüstungskontrolle und die Sicherung wichtiger Verkehrswege – Klarheit über die künftigen Aufgaben der NATO angemahnt. Auch für Deutschland sind inhaltliche Klarheit und ein ganzheitliches sicherheitspolitisches Konzept von vitaler Bedeutung. **Die klärungsbedürftigen Schlüsselfragen** liegen auf der Hand:

- Vor welchen Herausforderungen, Risiken und Gefahren stehen wir?
- Wie können wir ihnen angemessen begegnen, mit welchen Partnern, in welchen Bündnissen und Organisationen?
- Was sind dabei die Prioritäten deutscher Sicherheitspolitik?
- Welche Instrumente brauchen wir zu ihrer Wahrnehmung?
- Wie lassen sich diese Instrumente abgestimmt zusammenführen?
- Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Ausrüstung, Ausbildung, Organisation und Führung der deutschen Streitkräfte?

Wir wollen demnächst im Rahmen eines Workshops gemeinsam Antworten formulieren. Sie sollen anschließend als Thesenpapier der pmg veröffentlicht werden. Schriftliche Beiträge zu diesem Workshop sind auch vorab

willkommen und sollen nach Möglichkeit in den Denkwürdigkeiten erscheinen.

Der Vorstand der pmg ist mit vier Thesen in die Vorlage gegangen:

➔ **Deutschland braucht eine ganzheitliche nationale Strategie „Vernetzter Sicherheit“.**

Ohne eine ganzheitliche nationale Strategie, die Ziele, Interessen, Aufgaben, Wege und Mittel klar adressiert fehlt die gesamtstrategische Aufhängung, hängen die deutsche Sicherheitspolitik und deren Instrumente in der Luft und sind letztlich beides – beliebig und zwecklos. Sicherheitspolitische Erfolge hängen künftig entscheidend von der Fähigkeit zur Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente untereinander und mit vielfältigen Partnern ab. Die Herausforderungen sind vernetzt. Der Staat muss ihnen mit Vernetzter Sicherheit begegnen. Deutschland braucht eine ganzheitliche Strategie, die zivilen Kapazitäten den Rang einräumt, den diese zur erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben brauchen und deren Wirken sich – wo sinnvoll – mit den Möglichkeiten der Streitkräfte verbindet. Nur wenn Deutschland seine Interessen klar definiert, kann es diese in Einklang mit seinen Werten bringen, kann eine ressourceneffiziente und verantwortungsvolle Prioritätensetzung bezüglich der Bandbreite und der Befähigung seines politischen Instrumentariums vornehmen.

➔ **„Vernetzte Sicherheit“ muss konsequent ausgestaltet und fortentwickelt werden.**

Künftig werden sich dynamisch wandelnde Herausforderungen die Sicherheitspolitik beanspruchen. Viele von ihnen standen bisher noch nicht oben auf der sicherheitspolitischen Agenda – z.B. eine Schwächung der globalen Ökonomie, Armut, Klimawandel, ansteckende Krankheiten, religiöser Fundamentalismus, Cyber Crime. Traditionelle Verteidigungspolitik und Streitkräfte allein und darüber hinaus im traditionellen Zuschnitt werden diesen Herausforderungen nicht erfolgreich begegnen können. Eine strukturelle Lernfähigkeit muss sicherstellen, dass sicherheitspolitische Instrumente kontinuierlich überprüft

und auf absehbare Herausforderungen angepasst werden. So werden bis heute die zivilen Instrumente deutscher Sicherheit nicht oder nur geringfügig, keinesfalls aber vernetzt für die Bekämpfung von multidimensionalen und globalen Sicherheits Herausforderungen genutzt. Das Grundprinzip der Vernetzten Sicherheit muss wesentlich nachhaltiger als bisher die deutsche Sicherheitsarchitektur und ihre Instrumente prägen. Vor diesem Hintergrund ist ein ressortübergreifendes Lageverständnis zu entwickeln, das sich auf ein rollen- und verantwortungsbezogenes Lagebild abstützen kann als Grundlage für umfassende Information, unverzügliche Entscheidungen und nachhaltiges Wirken.

➔ **Die Bundeswehr muss ihre Fähigkeit zur Vernetzten Operationsführung vorantreiben.**

Die Bundeswehr ist als leistungsfähiges Subsystem „Vernetzter Sicherheit“ anzulegen und systemisch auszugestalten. Sie soll als flexibles Instrument deutscher Sicherheitspolitik in einem ganzheitlichen Ansatz konzentriert mit den anderen sicherheitspolitischen Instrumenten zusammenwirken, denn „Einsatzorientierung“ bedeutet alle Aufgaben der Bundeswehr – die aktuellen Einsätze ebenso wie Sicherheitsvorsorge im Bündnis oder den Schutz deutscher Staatsbürger – als ein untrennbares, ganzheitliches Leistungspaket zu begreifen. Dem ganzheitlichen, vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz muss auf taktisch-operativer Ebene der Streitkräfte die technologische und einsatztaktische Vernetzung folgen. Hierfür steht „Vernetzte Operationsführung“ als die einsatzbezogene Ausprägung von Network Enabling Capabilities, die Voraussetzung sind für das nahtlose, integrierte Zusammenwirken unterschiedlicher nationaler und internationaler Partner und Fähigkeiten in einem wirkungsorientierten Verbund. Network Enabling Capabilities sichern der Bundeswehr zugleich größtmögliche Flexibilität, hohe Professionalität und bestmögliche Ausbildung.

➔ **Deutschland braucht als Produzent und Exporteur von Hochtechnologie entsprechend ausgerüstete Streitkräfte.**

Das Beschaffungswesen der Bundeswehr ist zu dynamisieren und dramatisch besser auf den Einsatzbedarf der Streitkräfte zu fokussieren. Bei Innovationszyklen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien von z.T. unter 2 Jahren sind Beschaffungsvorgänge, die sich über mehr als Dekade hinziehen untragbar und für Soldaten im Einsatz lebensgefährlich. Ohne eine grundlegende Reform des Beschaffungskreislaufs ist eine sachgerechte Ausrüstung der Streitkräfte nicht möglich. Zersplitterte Zuständigkeiten sind zu überwinden, bestehende Verfahren und Prozesse zu beschleunigen, Einflussnahme von außen und unzureichende Finanzausstattung zu begrenzen.

Wir sind auf Ihre Reaktionen gespannt.

Der Vorstand:

Ralph Thiele

Dr. Hans-Ulrich Seidt

Heinz Schulte

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

THEMEN

Vernetzte Sicherheit bei freundlichem Desinteresse

Vortrag vor dem Rotary Club Fürstentfeldbruck und der pmg am 13. September 2010, von Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler, Bayerisches Staatsministerium des Innern

Einleitung

Die Polizei und auch die anderen Sicherheitsbehörden stehen im 21. Jahrhundert aufgrund stark veränderter Bedingungen vor immensen Herausforderungen:

Die Öffnung der Grenzen sowie die damit verbundene Abschaffung der systematischen Grenzkontrollen, veränderte Informations- und Kommunikationsstrukturen, verstärkte Bürgerrechte und

ein von Mobilität und Technisierung geprägter gesellschaftlicher Wandel bedeuten auf der einen Seite für unsere Bürgerinnen und Bürger ein nie gekanntes Maß an Freiheit, Freizügigkeit und Komfort. Andererseits muss dieser Entwicklung mit Hilfe einer umfassenden und konsequenten Weiterentwicklung unserer Sicherheitsstrategien effektiv begegnet werden. Eine funktionierende internationale Zusammenarbeit und Konfliktbewältigung, sowie intakte ressortübergreifende Kooperationen haben vor diesem Hintergrund entscheidenden Einfluss für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Sicherheitsproblemen unserer Zeit.

Der anfänglich außenpolitisch getragene Leitgedanke „Vernetzte Sicherheit“ gewinnt daher auch mehr und mehr für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit an Bedeutung.

Anhand aktueller Problemfelder unserer Sicherheitspolitik möchte ich die Bedeutung und den Stand der Vernetzung mit Sicherheitsbehörden im In- und Ausland, sowie mit Behörden und Organisationen anderer Ressorts veranschaulichen:

Aktuelle Problemfelder/ Lösungsansätze

Islamistischer Terrorismus

Seit den Terroranschlägen 2001 in New York und Washington, 2004 in Madrid und 2005 in London stellt der islamistische Terrorismus für die internationale Staatengemeinschaft und die innere Sicherheit Deutschlands die größte Gefahr dar. Und dass Deutschland längst in das Fadenkreuz fundamentalistisch geprägter Extremisten geraten ist, führt uns nicht zuletzt die sogenannte Sauerland-Gruppe vor Augen, die ihre Anschläge nicht irgendwo, sondern mitten in Deutschland verüben wollte. Besondere Sorge bereitet uns die Zunahme von Reisen von Islamisten in bestimmte Krisenregionen mit dem Ziel der Teilnahme an Kampfhandlungen, aber auch Ausbildungslagern in Afghanistan, Pakistan, Somalia oder in Jemen.

Die Organisationsstrukturen islamistischer Terroristen sind weltweit verbreitet. Ohne internationale geführte Ermittlungen sind die notwendigen Erkenntnisse zur Zerschlagung islamistischer Terrorstrukturen derartiger Strukturen nicht möglich. Eine gute internationale Zusammenarbeit und ein schneller Informations- und Erfahrungsaustausch ist bei dieser Kriminalitätsform selbstverständliche Erfolgsvoraussetzung.

Bund-Länder-Verinbarungen (SOKO TE)

Auf nationaler Ebene bestehen für den Fall eines Terroranschlags auf deutschem Boden feste Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern.

Organisierte Kriminalität

Trotz rückläufiger Verfahrenszahlen für 2009 ist das Bedrohungspotenzial durch die Organisierte Kriminalität weiterhin als hoch einzuschätzen. Die internationale Dimension zeigt sich einerseits in der Tatsache, dass im Jahr 2009 allein in Bayern die Täter der Organisierten Kriminalität insgesamt 57 verschiedenen Staaten angehörten. Zum anderen konnte festgestellt werden, dass 92 Prozent der Ermittlungsverfahren gegen die Organisierte Kriminalität sich durch eine internationale Begehungsweise auszeichneten. Denn die Täter nutzen für ihre illegalen Machenschaften die länderspezifischen Vorteile, Angebot und Nachfrage, Möglichkeiten der Geldwäsche und Rückzugsräume aus.

Menschenhandel

Der Menschenhandel ist eine besonders verwerfliche und widerwärtige Form der Organisierten Kriminalität. Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte oder nicht vorhandene Schulbildung und geschlechtsspezifische Diskriminierung der Opfer in den Herkunftsländern sind ursächlich für diese „moderne Form der Sklaverei“.

Ressortübergreifende Vernetzung

Die Bayerische Polizei arbeitet in diesem Deliktsfeld seit jeher vertrauensvoll, effizient und zielführend mit den zahlreichen sozialen, karitativen und kirchlichen Einrichtungen zusammen. Ferner besteht

eine ressortübergreifende Vereinbarung, an der neben dem Innenministerium auch die Justiz sowie das Sozialministerium und Beratungsstellen beteiligt sind.

Vermögensabschöpfung

Zur nachhaltigen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bauen wir auf die Vermögensabschöpfung. Es reicht nicht aus, Menschenhandel Vermögensabschöpfung nur die kriminellen Strukturen der Organisierten Kriminalität zu zerschlagen. Wir dürfen den Straftätern die illegal erwirtschafteten Gewinne auf keinen Fall belassen. Unsere speziell ausgebildeten Vermögensabschöpfer in Bayern haben 2009 Vermögen im Wert von über 31 Millionen Euro vorläufig gesichert. Dabei lassen wir uns in Bayern nicht davon abhalten, auch das von den Tätern im Ausland versteckte Vermögen aufzuspüren und den Tätern zu entziehen. Dies setzt immer eine enge Kooperation des betroffenen Staates voraus. Fälle aus der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass solche Maßnahmen sogar mit Ländern wie Indien oder Südafrika Erfolg haben können.

Vertrag von Prüm

Mit dem Vertrag von Prüm, den Bayern bereits erfolgreich umgesetzt, wurde innerhalb der Europäischen Union ein wichtiger Schritt im Kampf gegen internationale Kriminalitätsstrukturen unternommen. Der Vertrag wurde mittlerweile in den Rechtsrahmen der Europäischen Union überführt und entfaltet mittlerweile in ganz Europa seine Wirkung. Derzeit gewähren sich auf dieser Grundlage Deutschland, Österreich, Spanien, Luxemburg, die Niederlande und Slowenien den gegenseitigen automatisierten Zugriff auf DNA-Daten. Beim Zugriff auf Fingerabdruckspuren nehmen neben Deutschland auch Österreich, Spanien und Luxemburg am Wirkbetrieb teil. Mittlerweile kann beispielsweise die Bayerische Polizei aufgrund dieser Bestimmung auf die Kraftfahrzeughalterdaten in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Spanien und Österreich zugreifen.

EUROPOL

Auch mit der Ausweitung des Mandatsbereichs von EUROPOL auf alle grenzüberschreitenden Fälle schwerer Kriminalität hat die Europäische Union einen wichtigen Schritt im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität vollzogen. Wir legen aber Wert darauf, dass Europol keine operativen Befugnisse erhält, sondern die notwendige zentrale Analyse und Unterstützung leistet.

INTERPOL

Aufgrund des erhöhten Zusammenarbeitsbedarfs mit Ländern außerhalb Europas gewinnt die Organisation INTERPOL immer mehr an Bedeutung. Aktuell gehören 188 nationale Polizeibehörden zu INTERPOL. INTERPOL verbreitet weltweit kriminalpolizeiliche Informationen, betreibt themenspezifische Datenbanken und unterstützt die Mitgliedstaaten auch operativ.

Bilaterale Zusammenarbeit

Die Bayerische Polizei hat bereits im Vorfeld der Grenzöffnung zur Vermeidung von Sicherheitsdefiziten geeignete organisatorische und personelle Voraussetzungen geschaffen, um die Grenzkontrollen ohne Sicherheitseinbußen einstellen zu können. Die auf der Grundlage bilateraler Verträge bestehende Zusammenarbeit zwischen der bayerischen und tschechischen sowie der bayerischen und österreichischen Polizei spielt hierfür eine maßgebliche Rolle.

Gemeinsames Zentrum

Das Gemeinsame Zentrum in Schwandorf ist Kernstück des gemeinsamen Sicherheitskonzepts von Bayern und der Tschechischen Republik. Die hier eingesetzten Beamten nehmen zwar selbst keine operativen Handlungen vor. Sie unterstützen aber die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr wirkungsvoll, etwa bei kriminalpolizeilichen Ermittlungssuchen. Datenaustausch und gegenseitiger Informationsaustausch sind hier längst gängige und gute Praxis.

Kindsentführung Ö -> D

Der jüngste Fall einer spektakulären Entführung eines Kleinkindes von Salzburg nach Oberbayern ist

ein Paradebeispiel für die Notwendigkeit einer guten Vernetzung mit den Sicherheitsorganen der benachbarten Länder. Eine Mutter hatte ihren drei Monate alten Säugling mit dem Kinderwagen in einem Einkaufszentrum in Salzburg direkt vor der Umkleekabine abgestellt. Eine 32-Jährige nutzte die Gelegenheit, nahm das Baby an sich und flüchtete zunächst unerkannt. An der sich anschließenden Fahndung beteiligten sich auch Kräfte des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd, nachdem bekannt wurde, dass die Täterin möglicherweise Richtung Bayern unterwegs war. Bereits nach kurzer Zeit konnte das zwischenzeitlich bekannt gewordene Fluchtfahrzeug von bayerischen Polizeibeamten gesichtet und die Täterin festgenommen werden. Auch das entführte Baby wurde wohlbehalten aufgefunden und den übergelücklichen Eltern übergeben. Die bestehenden grenzüberschreitenden Kontakte haben sich in der Vergangenheit auch für die Bewältigung schutzpolizeilicher Aufgaben bestens bewährt.

Planbare Großereignisse

Großereignisse wie Staatsbesuche oder Sportveranstaltungen erreichen oftmals eine Dimension, die ein einzelner Staat allein gar nicht mehr schultern kann. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen haben meist internationalen Charakter.

NATO 2009

Der NATO-Doppelgipfel 2009 in Straßburg, Kehl und Baden-Baden, war eine besondere Herausforderung für die Polizei und andere beteiligten Stellen. Der Kräfteansatz mit bis zu 16.000 Polizeibeamtinnen und -beamten konnte dank der solidarischen Unterstützung durch die Polizeien der anderen Länder und des Bundes gedeckt werden. Der grenzüberschreitende Einsatz erforderte eine umfassende Abstimmung mit Frankreich auf strategischer und operativer Ebene.

WM 2006

Anlässlich der Fußball-WM 2006 in Deutschland hat die enge internationale Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten sowie den Anrainer- und Transitstaaten dazu

geführt, dass Gefahren und Sicherheitsrisiken frühzeitig erkannt und bis auf wenige Ausnahmen gar nicht erst zum Tragen gekommen sind. Vertreter des Polizeipräsidiums München haben bei mehrmaligen Besuchen in Südafrika Ihre Erfahrungen aus der Fußball-WM 2006 mit den dortigen Sicherheitsbehörden weitergegeben.

EM 2008

Bei der Fußball-EM 2008 haben deutsche Polizeibeamte auf der Grundlage bilateraler Polizei-Verträge die beiden Ausrichterstaaten Österreich und die Schweiz sowohl mit geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei als auch zivilen Beamten des polizeilichen Einzeldienstes unterstützt. Der bislang größte Auslandseinsatz der Polizeien der Länder und des Bundes mit über 1.800 deutschen Polizeibeamten mit hoheitlichen Befugnissen in Österreich und der Schweiz stellte hinsichtlich seiner Dimension ein Novum dar. Allein aus Bayern waren 585 Beamtinnen und Beamte während der Vorrundenspiele im Einsatz.

Große Schadenslagen

Auch große Schadensereignisse und Katastrophen machen nicht vor Grenzen halt. Zur Lagebewältigung existieren länderübergreifende Alarmpläne, die den schnellen und umfassenden Informationsaustausch sowie eine gegenseitige Unterstützung gewährleisten. Beispielhaft möchte ich hier die Brandkatastrophen 1999 im Tauerntunnel oder im Jahr 2000 bei der Gletscherbahn in Kaprun nennen. Bei diesen Einsätzen in Österreich waren zur Unterstützung bayerische Beamte vor Ort.

Zusammenarbeit Bund - Länder

Die Zusammenarbeit von Bund und Länder in Deutschland hat sich gut entwickelt. Der föderale Aufbau fördert den Konkurrenzgedanken unter den Polizeien der Länder. Gleichzeitig ist damit eine Gedankenvielfalt verbunden, von der wir alle profitieren.

AK II

Im Arbeitskreis II, dessen Vorsitz ich inne habe, tauschen Bund und Länder anlassbezogen und institu-

tionalisiert Erfahrungen und Informationen zum Thema Innere Sicherheit aus und legen gemeinsame Strategien und Schwerpunkte fest. Für die internationale Zusammenarbeit ist die persönliche Zusammenkunft der europäischen Polizeichefs von großer Wichtigkeit.

Wünsche

Die Aufgabenstellungen der Polizei von heute haben ein enormes Ausmaß an Komplexität erreicht. Die Kriminalitätsformen sind geprägt von internationaler Tätermobilität, einem globalisierten Finanzmarkt und natürlich der weltweiten Verfügbarkeit des Internets. Wir stoßen daher bei unserer Ermittlungsarbeit regelmäßig an Grenzen - in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht.

Vor diesem Hintergrund würde ein einheitlicher Rechtsrahmen in Europa gerade die kriminalpolizeiliche Arbeit wesentlich erleichtern.

Internationale Rechtshilfe

Für Ermittlungshandlungen, aber auch den einfachen Informationsaustausch mit Nicht-EU-Staaten wünsche ich mir eine schnellere und unbürokratischere internationale Rechtshilfe.

Gemeinsame Ermittlungsgruppen

Zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität halte ich international besetzte Ermittlungsgruppen für einen vielversprechenden Weg. Die Nutzung wertvoller Informationen der lokalen Behörden und die damit verbundenen Bürokratierleichterungen bei der Rechtshilfe sind wertvolle Vorteile.

Waldemar Kindler, München

Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler, Bayerisches Staatsministerium des Innern.
Vortrag vor dem Rotary Club Fürstenfeldbruck und der pmg am 13. September 2010.
Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Zur vernetzten Sicherheit gehören auch humanitäre Einsatzkräfte

Die Zahl sogenannter Mega-Katastrophen nimmt kontinuierlich zu. Es geht dabei um Erdbeben, Tsunami, Brände, Epidemien, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen, Dürreperioden und, bisher glücklicherweise nur selten eingetreten, vom Menschen bewirkte Katastrophen wie etwa die unkontrollierte Freisetzung von chemischen oder radioaktiven Stoffen. Mit nahezu Echtzeit-Information werden diejenigen Erdbewohner, die über Zugang zu einem Fernseher verfügen, schon nach wenigen Stunden in die jeweils eintretende Tragödie eingewiesen. Nach einer Statistik der UN war im vergangenen Jahrzehnt durchschnittlich an jeden Tag eine Naturkatastrophe zu verzeichnen. Bei der Mehrzahl handelt es sich dabei um „vergessene Krisen“, die nicht auf unserer Bildschirme gelangen und damit international kaum beachtet werden.

Generell sind Industriestaaten und die globalen Institutionen zur Hilfe bereit, wenn auch die Methoden noch immer als Politik des vergangenen Jahrhunderts anmuten. Die aktuelle Flutkatastrophe in Pakistan bietet sich als Paradebeispiel an. Innerhalb weniger Stunden sind Regierungen, Medien und die große Mehrheit der Bürger unseres Landes informiert. Schon am nächsten Tag verkündet der Pressesprecher, dass die Bundesregierung 10 Millionen Euro Soforthilfe leisten wird, um diese Zahl nach einigen Tagen auf 15 Millionen zu erhöhen. Was geschieht aber konkret vor Ort mit den im Wasser watenden Millionen, die nicht über Trinkwasser, Essen, Medizin und Unterkunft verfügen und mehrheitlich nicht nur für Tage, sondern mehrere Wochen auf das Eintreffen von aktiven Helfern warten müssen? Drei Wochen nach Beginn der Katastrophe sollen 500.000 Menschen überhaupt noch nicht erreicht worden sein, vermutlich eine niedrig gefasste Einschätzung. Das

Welternährungsprogramm der UN (WFP) erklärt drei Wochen nach Ausbruch der Katastrophe, dass es einen „massiven Bedarf an Hubschraubern“ gibt. In dieser generellen Misere finden 15 von den USA gestellten Hubschrauber besondere Anerkennung, mit denen 6000 Menschenleben in Pakistan sofort gerettet werden konnten.

Über Vernetzte Sicherheit ist in Deutschland viel berichtet worden, dabei fällt die Theorielastigkeit auf. Wenn die Bundesrepublik Deutschland sich als tatsächliche Friedensmacht und konstruktiver globaler „Spieler“ beweisen möchte, gibt es ein genau in die Zeit passendes Projekt: die Aufstellung von ständig präsenten „Humanitären Einsatzkräften.“ Diese könnten in Fällen wie jetzt in Pakistan vorliegend, innerhalb von 48 bis 96 Stunden Hubschrauber, Krankstationen, Organisationszellen u.a.m. sowie Fachpersonal aus Militär, Polizei, Entwicklungsorganisationen und Freiwillige von Nicht-Regierungsorganisationen an den Ort der Katastrophe transportieren und ohne Verzug mit der humanitären Unterstützung beginnen. Eine solche Fähigkeit unseres Landes würde in idealer Form die Grundbedingung vernetzter Sicherheit miteinander kombinieren. **Entwicklungspolitisch relevant** wäre, das (außer den USA) ein westliches Land unverzüglich Empathie **und** konkrete Hilfe für eine große Anzahl unschuldiger Opfer leistete, zugleich einen sinnstiftenden Impuls für die langsam entstehende globale Zivilgesellschaft aussenden würde. Außerdem können die europäischen Erfahrungen der Abteilung für Humanitäre Hilfe, jetzt DG ECHO, gesicherte Erfahrungswerte liefern.

Im Sinne unserer **Außen- und Sicherheitspolitik** könnte man im vorliegenden Fall die Bemühungen der den Taliban nahestehenden örtlichen Helfer mit ideologischem Hintergrund zumindest teilweise konterkarieren. Die Kosten für eine solche Einrichtung müssten vom Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Innenministerium gemeinsam getragen werden, die Anordnung des Ein-

satzes obläge dem Bundeskanzleramt. Ohne hier auf politische und staatsrechtliche Argumente und Bedenken eingehen zu müssen – Deutschland könnte sich selbst und der globalen Zivilgesellschaft beweisen, dass auch der Staat zu innovativen und ziel-führenden Kraftakten fähig ist.

Die Humanitäre Einsatzgruppe befähigt die auf internationalen Plätzen und Regionen eintreffenden Organisationen zum effizienten Erstansatz und zu koordiniertem Handeln. Während der gemeinsamen Einsatzzeit steigert sie deren Effizienz primär durch Lufttransport um ein Vielfaches. Durch vertrauensvolle Zusammenarbeit – z.B. über Funk, während der jeweiligen Tätigkeit, wenn es gewünscht wird sowie durch Austausch von Erfahrungen in der gemeinsamen Abendlage der Verantwortlichen entstehen umfangreiche Synergieeffekte. Das gegenseitige Kennenlernen von bisher nicht vorhandenen Möglichkeiten vermeidet „Fehlinvestitionen“ in Zeit, unzureichende Organisation und Ressourcen.

Mögliche Gliederung der Humanitären Einsatzgruppe

Je nach Art des Einsatzlandes ist der Führer des Einsatzverbandes ein Militär und sein Stellvertreter Diplomat, und vice versa. Die **Stabsgruppe** muss klein sein, jedoch über alle herkömmlichen Kommunikations-Möglichkeiten verfügen.

Die **Einsatzland Info-Einheit** muss über diejenigen Möglichkeiten verfügen, die den besonderen Gegebenheiten des Einsatzlandes entspricht. Sie muss den gesamten Verband und die unterstützten NGOs jederzeit umfassend informieren können. Die Kontaktmanager für NGOs müssen ausführlich auf die Erkundungs- Aufklärungs- Überwachungs- und Lufttransportmöglichkeiten des Verbandes hinweisen, um ziellose Suche, gegenseitiges Behindern und Untätigkeit zu vermeiden. Übergeordnetes Ziel ist, die Effizienz und Wirksamkeit des Handelns aller Akteure zu unterstützen.

Die **Lufteinsatzkräfte** müssen von einem Militär und erfahrenen Hubschrauberführer geführt werden. Sein Stellvertreter muss über die gleichen Qualifikationen verfügen und den Einsatz der fliegenden Kräfte koordinieren. Hubschrauber vom Typ BO-105M nehmen als Vorauskontingent eine individuell zusammengestellte Aufklärungsgruppe auf und treffen innerhalb von 36 Stunden im humanitären Einsatzraum ein. Dort können sie als Ersterkundungs-Verbindungs- und mit Außenlast als leichte Transporthubschrauber zur Soforthilfe eingesetzt werden. Zusammen mit dem Vorauskontingent sollte auch eine Drohnen-Gruppe in das Einsatzland verlegt werden, da sie bei Erkundung, Vermessung und Situationsanalyse mit Echtzeitbildern und Koordinaten- Festlegung in sehr kurzer Zeit ein aktuell nutzbares Lagebild anbieten kann.

Die **Lufttransportkomponente** besteht zweckmäßigerweise aus drei Gruppen mit je vier Transporthubschraubern. Diese müssen außenlastfähig und luftverlastbar sein (mit Antonow/C5a Galaxie/A 400M), um schnell vor Ort einsatzbereit zu sein. Je nach Ausmaß der Katastrophe kann anfangs nur eine Gruppe eingesetzt und die anderen später nachgeführt werden. Hubschrauber und Besatzungen müssen „earmarked“ sein, damit sie jederzeit alarmiert werden können.

Lastkraftfahrzeuge sind untergliedert in vier Gruppen zu je vier geländegängigen Kfz (mit Fahrer und Funkausstattung), sie dienen der allgemeinen Beweglichmachung. Sie können ggf. als Außenlast in sonst nicht erreichbare Notstandsinseln eingeflogen werden.

Die **Pionier-Einsatzkräfte** (je nach Region und Aufgabenzuteilung) unterstützen nach Abstimmung mit der **Koordinations-Einheit** primär die vor Ort tätigen zivilen Organisationen wie THW, DWH, DRK etc.. Der Aufbau von Notunterkünften (Zeltstädten) erfolgt unter Leitung von erfahrenen Pionieren, um somit Befahr- und Begehbarkeit, Registrierung der Einwohner, zukünftige Katastrophensicherheit und Hygieneein-

haltung von Beginn sicherzustellen.

Eine kleine Gruppe zur **Logistikkoordination** ermittelt Bedarf und Verbrauch. Sie steht in ständiger Verbindung mit deutschen Behörden und/oder Geschäftsstellen der NGO und koordiniert Nachführungen, Nachschub, Verlegung und Abschub von Material sowie den Transport von Menschen in die Einsatzregion.

Die in Kürze vorgetragene Struktur des Projekts ist optional und zudem im Prinzip nicht neu. Viele kluge Köpfe haben, man kann es schon so ausdrücken, seit Jahrzehnten entsprechende Vorschläge eingereicht. Was neu ist, sind die internationalen Rahmenbedingungen, die gerade unter dem Aspekt der hereinbrechenden Multipolarität nach Ankerplätzen suchen, an denen Aspekte einer globalen Ordnungspolitik („global governance“) festzumachen wären. Was in Deutschland gebraucht wird, ist in einer bürokratischen Konsensgesellschaft nicht einfach zu haben: baldige und konstruktiv geführte Ressortab-sprachen, die sich selbst mit einer Art von „Ruck“ an die Spitze einer solidarischen Modernität befördern. Man darf gespannt sein. Man sollte aber nicht übersehen: die Zeit läuft gegen die relativ reichen und gut organisierten Industriestaaten des Westens.

*Wolfgang Bäder, Zug (Schweiz)
und Wolf Poulet, Berlin*

Wolfgang Bäder, Oberstleutnant i.G. a.D., ist Mitarbeiter der Swiss X Trade Partners AG, Zug, Schweiz. Wolf Poulet, Oberst a.D., ist Geschäftsführer International Governance Consulting, Berlin.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

THEMEN

The kind of Bundeswehr the UK might like

Nature and scope of change and insecurity will thrust increasing global responsibilities on Europe. Such challenges will require both military capabilities and capacity well beyond the scope of any single European state. At the same time, US Force Planning is of an order of magnitude more advanced and complex than any European planning and heavily reliant upon technology. As a result, a doctrine gap is opening up across the Atlantic, making interoperability between the European NATO nations and the US ever more difficult and at the same time important.

As a result of low levels of expenditure and inefficiencies in purchasing equipment NATO Europe is today comprised of two types of membership, those known as Consumers and the minority, the Builders. The vast majority of NATO Europe members are Consumers of security. They have lost the ability to prepare and execute military operations at the operative and strategic level. They are only able to undertake limited missions for short periods of time, are heavily dependant upon others, and are often unable to replace troops once a tour of duty has come to an end.

The Builders are essentially the UK and France, supported by Germany and Italy. These countries try hard to adapt their armed forces to the changing security environment while maintaining their ability to operate at the operational and strategic level. As a result of operations in Iraq and Afghanistan, the UK is partially interoperable with the US armed forces, this explains in part why the spend per soldier in the UK is significantly above that of both France and Germany. The downside of this determination to be interoperable with the US armed forces is that the UK has a little bit of everything and not much of anything.

Future US led multinational operations will depend upon Network-Centric Warfare/Operations (NCW/NCO). Any nation failing to keep up with the US in this capability will become increasingly non-interoperable and will only be of limited use in future operations. Such nations will also have very limited influence on operational strategy. It follows clearly, that the builders must either gain or retain interoperability with the US forces.

The proposed reforms to the German armed forces should focus on achieving interoperability with the US armed forces. The big danger of the reforms is that they will satisfy those who seek to save money but in doing so, will create a Bundeswehr which is smaller than today, but not better in terms of being able to defend the countries interests in concert with her allies. The task facing the Ministry of Defence is to both reduce costs, a relatively easy exercise, and improve performance in terms of interoperability with Germany's partners. The latter is ambitious and demanding.

While the British armed forces are far from perfect and are facing similar budget cuts in the very near future, they are still a benchmark for NATO European armed forces. The British armed forces are expeditionary, deployable and networked to a higher degree than the German armed forces. They have combat experience and are effective. The British government is also clearly willing to cooperate with other European NATO countries to a far greater degree than in the past. The 1998 St Malo agreement between France and Britain was a first step and is indicative of the willingness of Britain to share resources and capabilities.

The willingness to cooperate is driven both by common sense and budgetary constraints. Common sense tells us that interoperability depends upon sharing and the budgetary pressures are now forcing Defence Ministries to seek savings by sharing resources. This, if you like, is why the proposed reforms in Germany, driven by budgetary constraints can be

good for the Bundeswehr in particular and NATO in general, but only if managed well.

All arguments point towards the proposed reforms resulting in a leaner and more effective Bundeswehr. There is however one factor in the equation which many either choose to ignore or have not considered, the issue of national interest and control of the Bundeswehr. Let us assume that we are now in 2015 and have managed to establish three battle groups capable of overseas deployment and that the battle groups are made up of armed forces from those nations considered to be Builders. For such battle groups with air, sea and land capability to be efficient, they would have to build on the strength of each of the Nations involved and would be highly dependant upon each other. Let us further assume that we have a repeat of the situation in Sierra Leone in 1999 when Britain sent an expeditionary force of 1000 soldiers to quell an uprising which UN Forces were unable to put down.

We are now faced with a similar situation and the British government decides one again to intervene, is however now unable to respond without the agreement of the other nations represented in the battle groups. Clearly, such a situation would not be to the liking of politicians in the UK as it would diminish their degree of independence.

This example clearly illustrates the political limits of cooperation and explains why both French and British Governments are set on retaining the ability to respond independently. It does, however, not mean that increased cooperation in order to raise levels of performance and reduce costs cannot take place; it simply sets out the limits of cooperation.

The UK would clearly like to see the German armed forces alongside their own armed forces whenever the situation arises. The politically driven reluctance of the German government to allow German troops to deploy to the embattled South of Afghanistan

has given the Bundeswehr the unfounded reputation of not being willing and able to share the burden of armed conflict or accept casualties, unlike the Dutch and Danish allies. Furthermore, recent events in the Northern sector of Afghanistan have clearly shown that German troops are well able to fight an effective campaign in spite of limited resources, if their political masters allow them to do so.

What is often forgotten in the UK is that the Bundeswehr is controlled by Parliament and not the Government in power, let alone the Prime Minister as in the case of the UK. Thus the cry of "Germans to the front" is not the result of a Cabinet decision, but one of parliamentarians, many of whom are against the Bundeswehr operating other than to defend the homeland. This situation is highly unlikely to change, even in the medium term and we have to live with the constraints these places on levels of cooperation.

The UK would like to see the Bundeswehr improve its expeditionary capability in order to help protect trade routes and resources. This would involve investment in suitable naval vessels such as helicopter carriers and landing craft. Should such a decision be taken the UK would be well placed to pass on its experience in this field. Above all, the UK would like to see a Bundeswehr which is interoperable with the UK and US armed forces, this is the key demand placed on those responsible for reforming the Bundeswehr and must be the driving force behind the proposed reforms. Should the Bundeswehr not achieve acceptable levels of interoperability it will not be considered an equal partner of the UK's armed forces, let alone those of the United States.

Maxim Worcester, Berlin

Maxim Worcester is Senior Advisor at ISPSW, Berlin. Before, he was Senior Manager for Advisory Forensic at KPMG International. In the past he was Managing Director of Control Risks Germany, and held senior positions at the Economist Intelligence Unit, the Frankfurter Allgemeine Zeitung and Deutsche Börse AG. Opinions expressed in this contribution are those of the author.

This contribution was first published in the ISPSW Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy, Berlin, www.ispsw.de

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der **pmg**

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die *Denkwürdigkeiten* erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

